



GEFLÜCHTETE ROMA AUS DER UKRAINE
IN DEUTSCHLAND.
EIN ZUSTANDSBERICHT.



Seit mehr als einem Jahr berichtet das Roma Center/ Roma Antidiscrimination Network über die Diskriminierung und den offenen Rassismus, denen Roma aus der Ukraine ausgesetzt sind – in der Ukraine, an den Grenzen, auf den Fluchtwegen und in den Ländern, in die sie fliehen. Es ist die Wiederholung eines alten Problems.

Vielfach war zu hören, dies sei der erste Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Das stimmt natürlich nicht. Das Roma Center wurde von Menschen gegründet, die vor Kriegen geflüchtet und vertrieben worden sind. Diese Kriege sind 20, 30 Jahre her. Es waren die Kriege in Jugoslawien und die Vertreibung nach dem Kosovokrieg. Das Bewusstsein, wie Roma damals zwischen die Fronten gerieten, zu ignorieren und vergessenen Opfern der Nationalismen der Anderen geworden sind, hat uns sofort alarmiert, als die aktuelle Fluchtbewegung begann.

Von Anfang an haben wir dabei die Grauzonen wahrgenommen, die in der schwarz-weißen Berichterstattung untergingen. Ostukrainische Romnja, die wir in Polen besucht hatten, haben uns erzählt, wie russische Bomben ihre Häuser zerstörten, wie Angehörige der ukrainischen Mehrheitsbevölkerung sie diskriminierten und schlugen.

Uns erreichte bereits relativ zu Beginn des Krieges die Nachricht, dass in Užgorod, der Hauptstadt der Region Transkarpathien, weiße Ukrainer:innen Roma aus ihren Häusern vertrieben hätten. Ob das stimmt, können wir nicht überprüfen. Sie rufen bei uns die Erinnerung an die ethnischen Säuberungen nach dem Kosovokrieg hervor, an die Vertreibung der Roma aus ihren Häusern im Kosovo, und an die Pogrome gegen Roma in der Ukraine in den Jahren 2016 bis 2018, als rechtsextreme Milizen, sogenannte Bürgerwehren, Roma-Camps überfielen, alles kurz und klein schlugen, anzündeten, Menschen misshandelten und in manchen Fällen auch töteten. Der Rassismus gegen Roma in der Ukraine ist so normal, dass er Alltag ist und als solchen kaum erkannt wird.



C14 burning the makeshift homes of Roma after driving them out. Photo from Serhiy Mazur

Von Anfang an war die Flucht der Roma geprägt von Diskriminierung auf allen Etappen der Flucht. Darüber, wie die Situation in [Polen](#) und [Tschechien](#) war, haben wir bereits Berichte verfasst, nachdem wir uns dort ein Bild von der Lage gemacht hatten. Nun befassen wir uns mit der Situation geflüchteter ukrainischer Roma in Deutschland.

Das Roma Center hat bereits sehr früh zusammen mit anderen Roma-Organisationen die ankommenden Roma unterstützt. Darüber, wie es in Hamburg war, als die ersten Roma aus der Ukraine ankamen, haben wir mit Zumreta Sejdović von Romani Kafava, einer Anlaufstelle für migrantische Roma in Hamburg, gesprochen. Zumreta erzählt:

Ich habe mit meiner Kollegin Maya besprochen, wie wir die ukrainischen Roma empfangen können. Wir haben unsere Flaggen und die Karten unserer Beratungsstelle mitgenommen. Es war eine schwierige Situation. Als wir zum Bahnhof kamen, war da nicht nur eine Familie, sondern drei Familien mit Kindern und alten Leuten. Insgesamt über 30 Personen. Die meisten waren Mädchen und Frauen. Zwei Frauen hatten Verletzungen, die eine am Fuß und die andere am Rücken. Ich denke, vom Krieg.

Es war am Anfang schwierig, mit ihnen zu reden. Sie wollten auf keinen Fall mit Gadje reden. Ich habe meine Roma-Flagge rausgeholt, habe ihnen gesagt, dass ich Romni bin und habe mit ihnen Romanes geredet. Dann sind sie etwas ruhiger geworden. Sie hatten wirklich große Angst.



Wir waren zwar mit dem Auto da, aber so viele Leute konnten wir darin nicht transportieren. Sie hatten auch viel Gepäck dabei. Am Bahnhof gibt es eine Organisation, die Geflüchteten aus der Ukraine hilft. Ich habe mit den Roma-Familien dort zwei, drei Stunden gewartet. Die weißen Ukrainer:innen, die angekommen sind, wurden nach und nach alle abgeholt, in Gruppen und privaten Autos. Aber die Roma nicht. Weil wir so lange warten mussten, habe ich für die Familien Essen besorgt und ihnen Sandwiches gemacht, da es dort nicht genug zu essen gab. Es gab nur Tee und ein paar Brote bei der Organisation.

Ich habe mit der Chefin gesprochen, damit sie einen Bus für die Gruppe organisiert. Die Frau war sehr nett und hat rumtelefoniert, um einen Bus zu besorgen. Während der Zeit, in der wir warteten, habe ich mit den Familien gesprochen. Sie hatten große Angst um ihre Kinder. Dass man ihnen die Kinder wegnimmt. Dass jemand die Mädchen entführt. Sie hatten gehört, dass Leute sich als Helfer ausgeben, die Familien trennen und dann die Mädchen entführen.



Ich wollte auch, dass die einen Krankenwagen rufen, wegen einer der verletzten Frauen, aber das wollten sie nicht. Das medizinische Personal hat ihr nicht geholfen. Die Frau konnte nicht laufen, und wir mussten sie tragen.

Wir haben die Familien dann in den Bus gesetzt. Sie haben viele Fragen gestellt, was jetzt passieren wird. Ich wollte mitfahren, aber die Polizei und der Busfahrer sagten, das ginge nicht. Die Leute hatten Angst, manche haben geweint. Ich bin mit meinem Auto hinter dem Bus hergefahren, das hat sie beruhigt. In die Aufnahmeeinrichtung durfte ich nicht rein. Sie haben gesagt: Sie haben da drin Beratung und alles, du brauchst nicht wiederzukommen, aber wenn du willst, kannst du morgen früh wiederkommen. Sie haben mich auch dann nicht reingelassen, aber ich hatte Telefonnummern der Familien. Ich habe ihnen Karten gekauft fürs Telefon und sie ihnen gebracht.

Was Zumreta hier beschreibt, ist die Situation, wie sie viele ukrainische Roma erleben. Die Menschen sind völlig verunsichert, haben Angst, wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Immer wieder kommt es auch in den Zügen zu Problemen. Wir haben Zumreta danach gefragt:

Es gab Probleme im Zug, mit der Kontrolleurin. Sie hat die Polizei verständigt, weil die Leute keine Fahrkarten hatten. Aber damals konnten die ukrainischen Geflüchteten kostenlos fahren. In dem Zug waren noch eine Frau und zwei Männer, die mit den Leuten gestritten haben. Ein Mann aus der Familie saß im Rollstuhl, und niemand hat ihm geholfen. Mein Mann und ich haben ihn aus dem Zug getragen. Es gab noch öfter das Problem mit den Fahrkarten. Einer Familie wurde gesagt, dass sie aussteigen soll, weil sie keine Fahrkarte hatte. Eine andere Familie, ein Mann mit drei Kindern, hat ihre Fahrkarten bezahlt, obwohl sie hätten kostenlos fahren können.

Auf dem [Mannheimer Bahnhof](#) verweigerten Security-Mitarbeiter:innen der Bahn im März 2022 geflüchteten ukrainischen Roma den Zugang zu den Räumen für Geflüchtete aus der Ukraine. Zeug:innen zufolge sollen die Bahn-Mitarbeiter:innen dies mit rassistischen Vorurteilen gegen Roma begründet haben.

Zu den Initiativen und Organisationen, die flüchtende Roma unterstützen, gehört die Gruppe gegen Antiromaismus aus Dresden. Zusammen mit Unterstützer:innen in Prag organisieren sie die Weiterflucht von Romnja, die nach Deutschland wollen.

So war es auch für den [8. April 2022](#) geplant. Vier ukrainische Romnja sollten mit ihren 13 Kindern auf dem Dresdener Bahnhof ankommen. Jedoch ließ die Polizei sie nicht aus dem Zug. Die Gruppe gegen Antirromismus wollte in dem Moment gerade vom Dresdener Bahnhof nach Hamburg zu unserer gemeinsamen Veranstaltung zum Welt-Roma-Tag mit Romani Kafava und RomaniPhen losfahren. Kurzerhand musste sie sich dann darum kümmern, dass dieses Problem geklärt werde.



Das ist nicht der einzige Vorfall am Welt-Roma-Tag. Als eine Gruppe ukrainischer Roma in einen ICE gestiegen war, erließ das Zugpersonal die Durchsage: „Aufgrund von gegebenem Anlass möchten wir Sie darum bitten, Ihre Wertsachen bei sich am Körper zu tragen.“ Nicht nur dieses [uralte Stereotyp](#) von klauenden Roma wurde reaktiviert, sondern eine Zugbegleiterin soll unterstellt haben, die Roma seien keine flüchtenden Ukrainer:innen. Also auch hier wurde wieder die Mär von den „echten“ und den „unechten“ Geflüchteten erzählt, die wir seit so vielen Jahren zu hören bekommen. Auf dem Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe soll die Polizei dann gesagt haben, sie wolle „jetzt hier durchgehen und aussortieren“. Eine Äußerung mit sehr bitterem Beigeschmack.

Es kam auch darüber hinaus zu zahlreichen Vorfällen im Zusammenhang mit der Einreise nach bzw. Ankunft in Deutschland. Häufig liegt diesen Vorfällen anscheinend zugrunde, dass die Bahn- und Polizeimitarbeiter:innen den flüchtenden Roma nicht glauben, dass sie Ukrainer:innen sind. Ein weiteres Problem ist, dass Ukrainer:innen zwar über einen längeren Zeitraum kostenlos mit der Bahn fahren durften, jedoch dennoch ein Ticket brauchten, was bei den flüchtenden Roma oft nicht bekannt war. Selbst für Unterstützer:innen in Deutschland war dieses Prozedere zunächst etwas schwer zu verstehen. Dass es in diesem Zusammenhang immer wieder zu Problemen mit Zugpersonal und der Polizei gekommen ist, klingt zwar im ersten Augenblick einfach nur nach einem Missverständnis. Jedoch liegt hier immer wieder die Annahme zugrunde, dass nicht-weiße Personen keine Ukrainer:innen, keine „echten“ Geflüchteten, seien.

Kemal Ahmed von Pro Sinti und Roma e.V. In Baden-Württemberg berichtet: „Ein häufiges Problem ist, dass Roma erst nach langer Wartezeit Geld bekommen, weil die Behörden sagen, sie müssten zuerst prüfen, ob sie wirklich aus der Ukraine kommen. Es gibt ja Roma, die keine Identitätsdokumente haben, aber selbst wenn sie ukrainische Pässe oder Ausweise haben, kommt es oft vor, dass diese an das Landeskriminalamt weitergeleitet werden zur Überprüfung, ob die echt sind.“

Auch in Unterkünften wurde manchen Familien unterstellt, sie seien keine Ukrainer:innen, obwohl sie ukrainische Pässe hatten. Von einem solchen Fall berichtet eine Unterstützerin aus Mecklenburg-Vorpommern. Als sie im Mai 2022 vor der Unterkunft für ukrainische Geflüchtete mit einer Romni aus der Ukraine spricht, bringt der Security-Mitarbeiter ihr ein Telefon. Die Unterstützerin, selbst Romni, erzählt:

Ich habe angenommen und wollte wissen, mit wem ich spreche. Daraufhin hat die Mitarbeiterin sofort die Familie kritisiert und behauptet, die Familie kümmere sich nicht um ihre Kinder, sie seien laut, das Jugendamt sei benachrichtigt etc.

*Dann sagte sie, die Familie sei fordernd und nutze sie aus. Ich fragte, was sie fordere und wie sie ausnutzen. Sie sagte, die Familie wolle nicht das essen, was sie ihnen geben, sie sei undankbar und die Mitarbeiter:innen müssten sich öfter mit den Kindern beschäftigen, obwohl das nicht ihre Aufgabe sei. Die Familie sei sowieso nicht aus der Ukraine, sie seien nur Lügner und Gauner, die hier nur alles ausnutzen und dann wieder nach Rumänien gehen werden. Sie sagte, sie seien Z*** und bräuchten keine Unterstützung.*

Während die Sozialarbeiterin mich angeschrien und mich beschimpft hat, hat sie auch gesagt, dass ich sie mit meinen Fragen überfordere – das heißt, ich habe ihre Aussagen in Frage gestellt und gefragt, warum die Familie nicht die gleiche Hilfe bekomme, wie alle anderen Ukrainer:innen.

Die Mutter der ukrainischen Roma-Familie schilderte mir die Situation so: „Wir haben nur einen Satz Wechselkleidung, uns ist in der großen Halle kalt, wir haben nicht genug Decken, wir können die Kinder nicht regelmäßig waschen/ duschen. Aber sie sagen uns, dass wir schmutzig sind. Ich gebe mein bestes, meine Kinder zu beschäftigen, aber was kann ich hier tun, wenn uns keiner hilft. Wir sind in einem fremden Land, sprechen nicht die Sprache. Meine Kinder waren in der Ukraine in der Schule: in der ersten, zweiten, siebten und neunten Klasse. Ich habe auf dem Markt Kleidung verkauft, mein Mann war Bauhelfer. Wir hatten ein einfaches Leben, aber jetzt sind wir in einem fremden Land, sind vor dem Krieg geflohen. Wir wurden hin und her gebracht, die Behörden geben uns eine Unterkunft außerhalb der Stadt, wo nichts erreichbar ist, wo wir von allem abgeschirmt werden sollen, nur weil wir viele Kinder haben. Oder es gibt vielleicht andere Gründe. Ich bin ratlos.“

Vieles von dem, was die Mutter beschreibt, ist für Roma Standard in deutschen Unterkünften und Lagern. Besonders über unsere Hotline für geflüchtete Roma haben wir Kontakt mit vielen Roma aus der Ukraine. Sie erzählen vielfach ähnliche Situationen. Besonders schlimm ist das Problem mit dem Essen. In den Unterkünften gibt es oft nur trockenes Essen, etwa belegte Brötchen. In vielen Unterkünften und vor allem Lagern können die Menschen nicht selber kochen. Die Mütter erzählen immer wieder, dass ihre Kinder Bauchschmerzen und Durchfall bekommen und abgenommen hätten. Sie haben Angst, dass ihre Kinder krank werden. Auch die Kälte und die mangelnde Wechselkleidung, sowie die weiter entfernten Waschelegenheiten machen ihnen zu schaffen. Gleichzeitig wird ihnen dann der Vorwurf gemacht, sich nicht zu waschen, zu stinken, unhygienisch zu sein. Ein altes und gängiges Stereotyp. Die Situation ist tatsächlich oft wenig hygienisch, aber die Roma selbst leiden am meisten darunter. Sie erzählen uns, dass sie sich unhygienisch fühlen, sie haben keine Wechselkleidung, nicht ausreichend Möglichkeit zu duschen, es stinke und sie haben Angst, davon krank zu werden.

Auch Zumreta schildert die gesundheitsgefährdende Lage in Hamburg:

Familien haben mich angerufen, weil die Heizung kaputt war. Die Duschen sind weit weg in diesen Zeltlagern. Die Kinder kommen dann in der Kälte mit den nassen Köpfen zurück. Im Winter war das schlimm. Die Leute frieren und warten, dass sie in ein richtiges Gebäude transferiert werden. Ich wollte ihnen Decken und Klamotten bringen, aber die Security hat mich nicht reingelassen.



Wir hatten Kontakt zu einer Romni, die in Leipzig im Lager war. Für sie war die Situation dort so schlimm, dass sie uns darum gebeten hat, sie zu unterstützen, zurück in die Ukraine zu kommen. Sie hatte sehr große Angst, dass ihre Kinder vom Essen und von der Kälte dort krank werden. Sie haben permanent gefroren.

Viele ukrainische Roma sind chronisch krank, auch bereits die Kinder. Zentrale Ursache dafür sind sicherlich die schlechten Lebensbedingungen in Folge der langjährigen Diskriminierung in der Ukraine und der damit verbundenen Armut und dem schlechten Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung. Auch in den Lagern ist das ein Problem. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist oft schlecht, ebenso die Ernährung. Chronisch Kranke, wie etwa Diabetiker:innen, können sich hier nicht so ernähren, wie es medizinisch notwendig wäre.

Diskriminierung und Rassismus gegen ukrainische Roma geht nicht nur von Mitarbeiter:innen in Unterkünften aus. In den Unterkünften und Lagern für geflüchtete Ukrainer:innen in Deutschland kommt es regelmäßig zu Problemen mit weißen Ukrainer:innen. Immer wieder erfahren wir von entsprechenden Vorfällen. Nicht nur Roma, sondern auch haupt- und ehrenamtliche Unterstützer:innen und sogar Mitarbeiter:innen von Kommunen berichten uns, dass es zu rassistischen Vorfällen und Aversionen der weißen Ukrainer:innen gegen die gemeinsame Unterbringung mit ukrainischen Roma kommt. Von zwei Städten, Köln und Leverkusen, wissen wir, dass weiße Ukrainer:innen gegen die gemeinsame Unterbringung protestiert haben.

Von ähnlichen Erfahrungen berichtet Kemal Ahmed aus Baden-Württemberg:

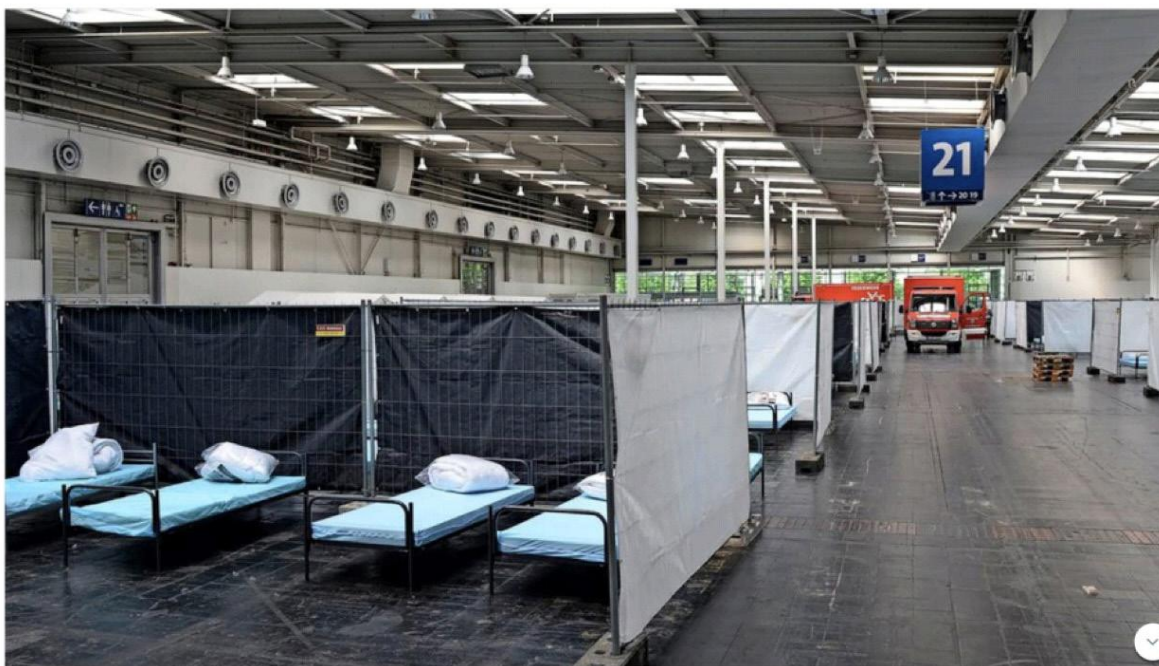
Viele erleben Diskriminierung seitens weißer Menschen aus der Ukraine – die oft nur für wenige Tage in der jeweiligen Unterkunft sind. Da gibt es Behauptungen, die Roma seien nicht sauber oder würden Sachen klauen. Ich habe in einer Notunterkunft gesehen, wie die Roma auf der einen Seite der Halle waren und die weißen Ukrainer:innen alle zusammen mit Abstand auf der anderen Seite der Halle. Da sieht man wirklich ganz konkret diese heftige Segregation.

Wenn es irgendwelche Probleme gibt, wird die Verantwortung immer auf die Roma geschoben. Solche Beschwerden landen dann auch oft bei uns. Und dann sagen wir: Lass uns mal schauen, was da tatsächlich los ist in den Unterkünften, was ist dran an den Vorwürfen, warum entstehen diese Konflikte? Da müssen wir viele Gespräche führen, um die Hintergründe zu verstehen. In solchen Gesprächen kann man auch mal was erreichen, was aufklären.

Aber man merkt immer wieder, wie schnell die Schuld für alles, was schiefläuft, auf die Roma projiziert wird. Das hat auch damit zu tun, dass diejenigen, die für die Geflüchteten dolmetschen, weiße Ukrainer:innen sind, die oft Vorurteile gegen Roma haben. Sie dolmetschen dann nicht korrekt oder sie geben wichtige Informationen nicht an die Roma weiter. Diese werden dann auch nicht richtig beraten. Man kann zusammenfassend sagen: Die Roma werden alleingelassen, sind auf sich alleine gestellt.

Was Kemal Ahmed beschreibt, dass die Verantwortung bei Konflikten immer auf die Roma geschoben werde, ist häufig auch in den Medien zu finden. Die mediale Darstellung von Roma ist generell häufig mit negativen Stereotypen verbunden. Das wiederholt sich nun auch im Kontext der Geflüchteten. Einseitig wird die Sichtweise von Gadjie reproduziert – egal ob weiße Ukrainer:innen, Mitarbeiter:innen von Unterkünften oder Verwaltungen. Die Sicht der Roma auf einen Konflikt oder eine Problemsituation wird selten bis nie geschildert.

+ Helfer auf dem Messegelände berichten von Ärger durch geflüchtete Roma-Großfamilien



Im Flüchtlingsverteilzentrum in der Halle 21 auf dem hannoverschen Messegelände kommen zurzeit vermehrt Roma-Großfamilien an. Helfer beklagen sich über Pöbeleien,

<https://www.haz.de/lokales/hannover/messegelaende-hannover-helfer-berichten-von-aerger-durch-roma-grossfamilien-LBGVLW7QUDLRE6QIPB...> 1

15.07.22, 11:31

Messegelände Hannover: Helfer berichten von Ärger durch Roma-Großfamilien

Diebstähle, Schlägereien. Die Landesaufnahmebehörde spricht von Einzelfällen.

Wenn hingegen ein Kind bei einem Brand in einer Unterkunft für Geflüchtete ums Leben kommt, vergisst die Presse zu erwähnen, dass dieses Kind der Roma-Community angehört. Dann wird das Kind als Kriegsflüchtling aus der Ukraine bezeichnet.

8jähriger Roma-Junge stirbt bei Brand in Geflüchteten-Unterkunft

By RAN in Artikel on June 9, 2023.



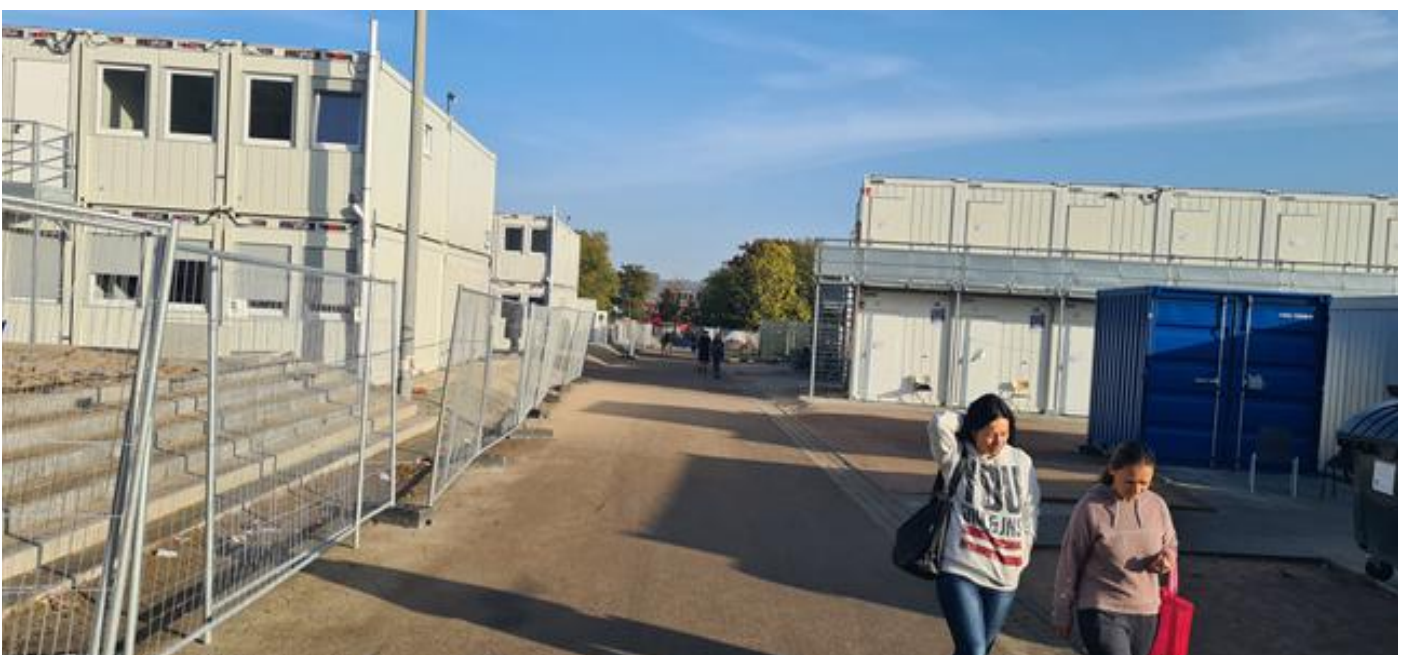
Am 4. Juni kam es in einer Geflüchteten-Unterkunft im thüringischen Apolda zu einem Brand, bei dem ein kleiner Junge gestorben ist und elf Bewohner:innen verletzt wurden. Über den Brand wurde in vielen Medien berichtet, jedoch wurde weitgehend ausgelassen, dass es sich bei dem Todesopfer um einen 8jährigen Jungen aus der **ukrainischen Roma**-Community handelt.

Kontext einer Veranstaltung haben wir in Schwerin versucht, Unterkünfte für Geflüchtete zu besuchen. In einer Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine waren gerade nur noch sechs Personen. Wir haben dort mit der Leiterin der Unterkunft gesprochen. Die Auskünfte, die wir erhielten, waren stereotyp. Eine große Gruppe aus 40 Personen, die sie als Roma identifizierte, hätten „Ärger gemacht“, hätten nur Geld gewollt und man hätte sie wegschicken müssen. Die Hälfte von ihnen sei wiedergekommen, aber sie hätten sie nicht mehr aufgenommen, da sie Probleme gemacht hätten. Welche Probleme das genau waren, haben wir nicht herausgefunden.



In dieser Einrichtung werden keine Personen ohne ukrainischen Pass aufgenommen. Wer keinen Pass hat, muss einen Asylantrag stellen und kommt in die Erstaufnahmeeinrichtung für die allgemeinen Geflüchteten. In die Unterkunft wurden wir nicht hineingelassen, da wir keinen Termin hatten. Als wir am Tag zuvor mit der Leitung telefoniert hatten, wurde uns mitgeteilt, dort seien keine Leute aus der Ukraine. Da wir erfahren haben, dass die undokumentierten Ukrainer:innen nicht nach der Richtlinie für geflüchtete Ukrainer:innen behandelt werden, also gegenüber den anderen Ukrainer:innen benachteiligt werden, ist das jedoch zu bezweifeln. Laut Auskunft der Leiterin aus der Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine, ist es eine Regelung der Stadt Schwerin, Ukrainer:innen ohne Pass, also mehrheitlich Roma, ins Asylverfahren zu schicken.

Am folgenden Tag haben wir Unterkünfte in Hamburg besucht. Es waren zwei Plätze mit Zelten und Containern. In der ersten Unterkunft haben wir mit dem dortigen Leiter vom Roten Kreuz gesprochen, der auf uns einen sehr erfahrenen und sachlichen Eindruck gemacht hat. Er hat uns die Bedarfe der Menschen geschildert und wir haben mit ihm besprochen, wie wir unterstützen können. Seine Einrichtung fasst 1400 Personen, von denen seiner Auskunft nach etwa ein Drittel Roma-Familien sind. Er meinte, ebenso wie die Mitarbeiterin der anderen Hamburger Unterkunft, die wir besucht haben, dass es sich fast ausschließlich um Romnja mit ihren Kindern handele, ebenso seien viele Behinderte und Kranke unter den geflüchteten Roma. In dem Camp gibt es eine Grundschule und einen Hort für die Kinder, die größeren Kinder und Jugendlichen sollten in den normalen Schulen beschult werden, haben jedoch große Schwierigkeiten, Plätze zu bekommen. Das Camp ist zudem ziemlich weit abgelegen und die Menschen somit schlecht angebunden, so dass es schwierig ist, in Schule und Arbeit zu kommen. Zudem bräuchten die Frauen Leute, die sie zu Terminen und Behördengängen begleiteten, wofür sie im Camp nicht die Kapazitäten hätten.



In Hamburg zeigt sich auch, was in vielen Orten ein großes Problem darstellt: Die ukrainischen Roma sind dort seit Monaten oder gar einem Jahr in Zelten und Containern untergebracht, und den Kindern wird weitgehend eine reguläre Beschulung vorenthalten.

Laut den Hamburger Mitarbeiter:innen werden Geflüchtete aus der Ukraine ohne Pass, aber mit faktischer Staatsangehörigkeit, dort nicht in den Asylantrag gedrängt. Jedoch erhalten sie auch keinen Aufenthalt und damit auch keine Arbeitserlaubnis. Das Problem mit den Asylanträgen ist, dass die Menschen keinen Aufenthalt nach §24 bekommen wie er für die ukrainischen Geflüchteten angewandt wird, die seit dem 24. Februar 2022 geflohen sind. Wir fürchten für diese Menschen, dass sie in die langjährige Duldung rutschen, also keinen Aufenthalt bekommen, so wie es für viele geflüchtete und vertriebene Roma aus Jugoslawien war und für manche bis heute noch ist.

Auch in Hamburg gibt es das große Problem, dass Angehörige der ukrainischen Mehrheitsbevölkerung rassistische Vorurteile gegen ukrainischen Roma haben und es zu entsprechenden Vorfällen kommt. Darüber berichtete zum Beispiel die Hamburger Morgenpost am 5. Juli.2023 Der Vorsitzende eines Sinti-Vereins sagt, der Rassismus sei so schlimm, dass Roma darüber nachdächten, wieder in den Krieg zurückzukehren. Bei der Stadt und den erwähnten Trägern ist diese Situation bekannt und sie versuchen, einen Umgang damit zu finden. Zum Beispiel, indem sie mit Selbstorganisationen kooperieren oder Fortbildungen für die Angestellten der Unterkünfte anbieten.



10 HAMBURG

Roma aus der Ukraine: Schon vor dem Krieg wurden sie in ihrer Heimat ausgegrenzt und stigmatisiert.

OLAF WUNDER

olaf.wunder@mopo.de



Sie sind nach Deutschland geflohen in der Hoffnung, endlich in Sicherheit zu sein. Und nun werden sie ausgegrenzt, stigmatisiert und angegriffen – von den eigenen Landsleuten. Die Rede ist von ukrainischen Roma. Der Sinti-Verein Hamburg prangert die Zustände an. Und wie reagiert „Fördern & Wohnen“?

Schauplatz: die Flüchtlingsunterkunft an der Schnackenburgallee (Bahrenfeld). Im Auftrag von „Fördern & Wohnen“, einem sozialen Unternehmen der Stadt, betreut das Deutsche Rote Kreuz dort unter anderem ukrainische Kriegsflüchtlinge. Innerhalb dieser Gruppe kommt es zu heftigen Konflikten. Darauf weist Christian Rosenberg, Vorsitzender des Sinti-Vereins Hamburg, hin.

Von ukrainischen Roma wurde Rosenberg auf die Zustände aufmerksam gemacht. Demnach gibt es in der Un-

Rassismus unter Ukraine-Flüchtlingen?

VORWURF In einer Bahrenfelder Unterkunft sollen Roma diskriminiert werden. So reagiert „Fördern & Wohnen“

terkunft einen großen Speisesaal, den alle Geflüchteten nutzen. „Doch die Ukrainer lehnen es ab, mit den ukrainischen Roma gemeinsam zu essen“, so Rosenberg. Daraufhin hätten die sich Gas-kocher besorgt, um sich ihr Essen außerhalb zuzubereiten – „mit dem Ergebnis, dass die übrigen Ukrainer jetzt mit dem Finger auf sie zeigen

und sagen: ‚Typisch Roma!‘“ Rosenberg räumt ein, dass natürlich nicht alle geflüchteten Ukrainer Antiziganisten seien, „aber die überwiegende Mehrheit schon“. Schon vor dem Krieg seien Roma in der Ukraine wie „Unmenschen“ behandelt worden. Das setze sich in den Flüchtlingslagern fort. „Roma haben mir gesagt, der

Rassismus in den Unterkünften sei so furchtbar, dass sie darüber nachdenken, lieber in den Krieg zurückzukehren als hier in Deutschland zu bleiben.“ Die einzige Möglichkeit, die er noch sehe, sei die Schaffung spezieller Angebote für Roma. „Es gibt Situationen wie die geschilderte, da ist es notwendig, einen geschützten Raum zu schaf-

fen.“

In diesem Zusammenhang erwähnt er die Wohnunterkunft Veermoor (Lurup), wo sein Verein gezielt Angebote für ukrainische Roma-Flüchtlinge macht. Dort sei das Miteinander sehr viel entspannter. Rosenberg sagt, er sei der Sozial-Staatsrätin Petra Lotzkat sehr dankbar für die finanzielle Unterstützung dabei.

Das, was in der Wohnunterkunft Schnackenburgallee vor sich gehe, sei leider kein Einzelfall, so Rosenberg. Als Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung der Sinti und Roma (BVSR) sei er gut vernetzt und er höre, dass in vielen anderen Unterkünften im ganzen Land ähnlich schlimme rassistische Zustände vorherrschten. Das Personal in den oftmals total überfüllten Einrichtungen tue sein Bestes, räumt Rosenberg ein, aber es sei völlig überfordert mit dem Problem.

Susanne Schwendtko Sprecherin von „Fördern & Wohnen“, bestätigt Rosenbergs Schilderungen. „In der Tat treffen wir eine in d-

In Göttingen sind die Geflüchteten aus der Ukraine in einem großen Gebäude untergebracht, in dem auch schon 2015 die Geflüchteten aus Syrien untergebracht waren und das dann als Corona-Impfzentrum fungiert hat. Dieses Gebäude ist, wie für solche Einrichtungen üblich, weit von der Innenstadt abgelegen. Als wir die Unterkunft besucht haben, waren bereits viele der weißen Ukrainer:innen in Wohnungen untergebracht worden. Die Mitarbeitenden geben sich viel Mühe, die Geflüchteten zu unterstützen und haben uns zum Beispiel mehr über Probleme mit Rassismus berichtet, als die Roma selbst. Ein Mitarbeiter sagte uns, dass Roma-Kinder beim Spielen ausgegrenzt werden oder dass die weißen Ukrainer:innen ihre Zimmer abschließen lassen, wenn sie unterwegs sind, seit Roma-Familien dort sind.

Die Roma, mit denen wir gesprochen haben, waren zufrieden dort und haben lediglich über einen Konflikt mit einer weißen ukrainischen Familie berichtet. Ein Mitglied dieser Familie hatte ihre kleine Tochter geschlagen. Das größte Problem für sie ist nun, dass sie keine Wohnung bekommen. Ein Problem, das sie mit den meisten ukrainischen Roma teilen.

In der Geflüchteten-Unterkunft selbst findet kein Unterricht statt, die Menschen sind zum Teil seit vier Monaten dort, als wir sie im Dezember 2022 besuchen, und die Kinder wurden nach wie vor nicht eingeschult. Da wir häufig das Vorurteil hören, dass Roma ihre Kinder nicht zur Schule schicken wollen, sei hier nochmal darauf verwiesen, dass es meist andere Ursachen hat, warum die Kinder nicht zur Schule gehen. Eine Frau mit der wir gesprochen haben, hat mehrfach danach gefragt, ob ihre Kinder zur Schule gehen können. Bisher wurden sie aber noch nicht eingeschult. Sie selbst will gerne einen Alphabetisierungskurs machen. Als wir mit ihr sprachen, war sie hochschwanger und bereits über den errechneten Geburtstermin. Uns wurde gesagt, dass sie mit einem Kurs beginnen könne, sobald das Kind da sei und sie sich von der Geburt erholt habe.

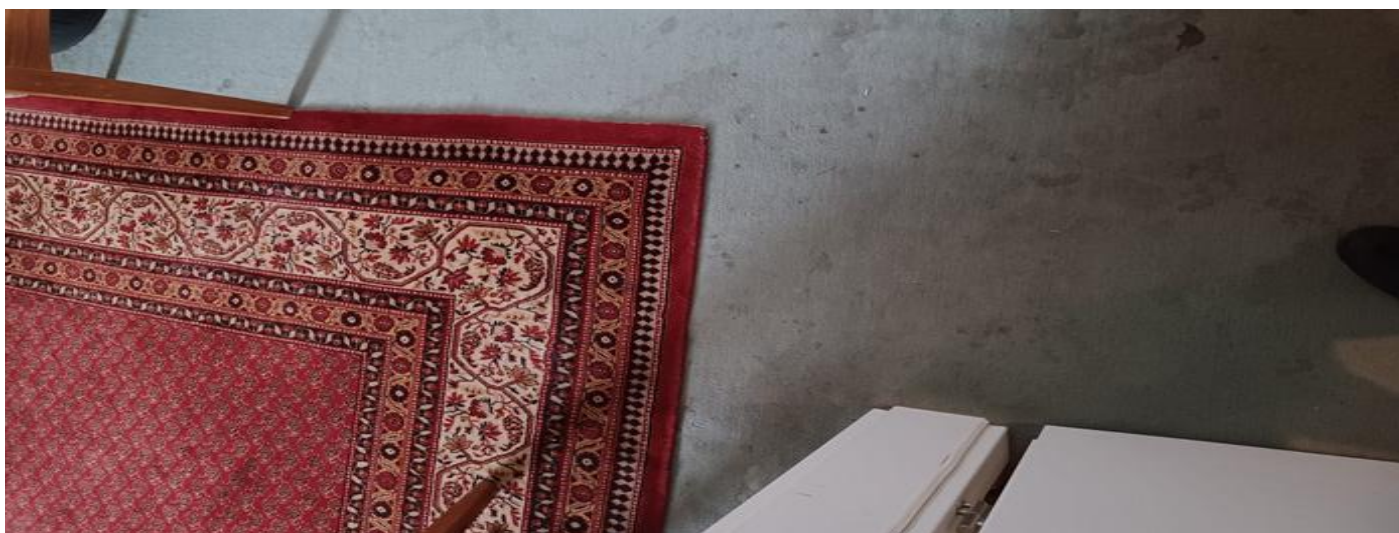
Ein Teil ihrer Familie ist noch in der Ukraine. Ihr Mann hat sich freiwillig gemeldet und ist in Mariupol verwundet worden. Ihr ältester Sohn ist derzeit im Armee-Training. Der 17-jährige Sohn lebt mit der Oma in der Ukraine. Diese Angehörigen können oder wollen die Ukraine nicht verlassen. Die Familie schickt das Geld, welches sie hier vom Jobcenter bekommt, in die Ukraine, um ihre dortige Familie zu unterstützen. Auch sie sagen uns, dass die Menschen dort keine Arbeit und damit kein Einkommen mehr haben.



Im Frühsommer 2023 besuchen wir eine Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine in einer Kleinstadt in Niedersachsen. Wir sollten mit den Familien reden, da es Probleme mit der Beschulung gegeben habe. Was wir dann herausfanden, war folgendes: Zwei der drei Kinder, um die es ging, leben seit einem Jahr in einem Zimmer mit neun weiteren Personen. Das heißt insgesamt teilen sich in dieser Unterkunft elf Personen ein Zimmer: Darin wohnen diverse Angehörige einer Familie – Erwachsene, Kinder und ein Baby. Das Mädchen ist in der Schule immer eingeschlafen, weil sie „zu Hause“ kaum Schlaf bekommt. Für dieses ca. 30qm kleine Zimmer muss die Familie 1500€ zahlen. Der Flüchtlingsrat schreibt im Januar 2023, bei solchen [Wuchergebühren](#) handele es sich in Niedersachsen um die Regel, nicht die Ausnahme.



Soweit wir das sehen konnten, leben in dieser Unterkunft fast nur Roma. Die Familien haben uns eingeladen, ihre Zimmer anzusehen. Im gesamten ersten Stockwerk ist ein Teppichboden verlegt, der komplett verdreckt ist. Dabei handelt es sich nicht um oberflächlichen Schmutz, sondern über die Jahre entstandenen tiefsitzenden Dreck, der wahrscheinlich nicht mehr entfernbar ist. Die Bewohner:innen haben in ihren Zimmern Teppiche über diesen Boden gelegt, die sehr sauber und gepflegt sind. Genau wie alles andere, worauf die Bewohner:innen Einfluss haben. Als wir in einem Zimmer mit zwei Betten sind, sagen uns die Bewohner:innen, dass hier drei Personen wohnen. Für die dritte wird zum Schlafen eine Matratze auf den Boden gelegt.



Häufig kommt es beim Dolmetschen zu Problemen, da meist Übersetzer:innen aus der Mehrheitsbevölkerung (in dem Fall Ukrainer:innen oder andere russische oder ukrainische Muttersprachler:innen) eingesetzt werden. Nicht nur in der Ukraine, sondern in allen ost- und südosteuropäischen Staaten gibt es einen starken Rassismus gegen Roma. Der Rassismus kommt auch häufig im Gewand des Paternalismus daher. Das führt dazu, dass teilweise falsch oder interpretierend übersetzt wird. Im schlimmsten Fall werden manche Aussagen gar nicht übersetzt oder in Zweifel gezogen (z.B. wenn es um diskriminierende oder gewaltsame Erlebnisse mit Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung geht). Über entsprechende Schwierigkeiten berichten uns nicht nur ukrainische Roma selbst, sondern auch Mitarbeiter:innen von Kommunen, Unterkünften oder Beratungsstellen, denn auch diese sind auf eine angemessene Übersetzung angewiesen und manche nehmen durchaus wahr, wenn nicht richtig übersetzt wird. Wir kennen diese Problematik aus der langjährigen Arbeit mit jugoslawischen Roma sehr gut – wenn Albaner:innen für kosovarische Roma als Dolmetscher:innen eingesetzt werden, können diese die von Albaner:innen zugefügten Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nicht äußern, oder die Übersetzer:innen ziehen diese in Zweifel. Dieses Problem ist in der Migrations- und Fluchtberatung auch im Kontext anderer Bevölkerungsgruppen gut bekannt.



Natürlich verursachen nicht alle Übersetzer:innen Probleme. Manche machen diese Arbeit sehr gut und sind für die Menschen, die auf sie angewiesen sind, eine große Unterstützung. Auch kommt es vor, dass sie es sind, die von rassistischen Vorfällen berichten. Eine ukrainische Romni, die mit ihrem Mann und ihrem Sohn nach Niedersachsen geflüchtet ist, erzählte uns, dass sie mit einer Dolmetscherin bei der Ausländerbehörde war. Die Romni selber versteht natürlich noch kein Deutsch. Nach dem Gespräch in der Ausländerbehörde erzählte die Übersetzerin der Frau, was die Sachbearbeiterin zu ihr gesagt habe: „Warum hilfst du diesen Z***? Die sind nichts wert.“ Die Dolmetscherin war laut Aussage der Romni entsetzt.

Diese Stereotype führen auch dazu, dass die Menschen nicht angemessen unterstützt werden. Wir haben diverse Male mitbekommen, dass sie die ihnen zustehenden Leistungen nicht oder nur zögernd erhalten haben.

Viele unserer Klient:innen erwähnen, dass sie mit rassistischen Aussagen konfrontiert wurden. Auch ehrenamtliche Unterstützer:innen und Mitarbeiter:innen von Beratungsstellen erwähnen dies. Diskriminierende und rassistische Aussagen gehen sowohl von Behördenmitarbeiter:innen und Übersetzer:innen aus, als auch von den Mitarbeiter:innen in den Unterkünften – ja, selbst von Security-Mitarbeiter:innen, die nicht selten selbst Migrant:innen oder Geflüchtete sind.

Eine Form der Diskriminierung besteht darin, Menschen wichtige Informationen vorzuenthalten oder sie nicht beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen zu unterstützen, obwohl es die Arbeit der entsprechenden Mitarbeiter:innen wäre.

Ukrainische Roma werden oft mit dem Z-Wort bezeichnet. Was noch häufiger vorkommt, ist die Unterstellung stereotypen Verhaltens: sie seien zu laut, zu unhygienisch, seien Alkoholiker, hätten zu viele Kinder, seien „nicht integriert“. Letztere ist eine besonders absurde Unterstellung, sind die Menschen doch erst kurze Zeit hier und haben keinerlei Angebote erhalten, an der Gesellschaft zu partizipieren. Kinder können nicht zur Schule gehen, Erwachsene erhalten keine Sprach- oder Integrationskurse. Uns wurde auch berichtet, dass Roma tagsüber die Unterkunft verlassen müssten, da sie „zu laut“ seien.

Die unterstellte Verhaltensweise und der Vorwurf, zu viele Kinder zu haben, wird regelmäßig als Grund genannt, warum die Menschen keine Wohnung erhalten und in den Lagern bleiben müssen (häufig wird auch die generell angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt genannt). Wenn wir einen Realitäts-Check machen, stellen wir jedoch fest, dass auch die Familien oder alleinerziehenden Frauen (manchmal auch Männer) mit nur einem oder zwei Kindern keine Wohnung finden. Die Roma in den Lagern bekommen mit, dass die neu ankommenden weißen Ukrainer:innen viel schneller Wohnungen bekommen. Während die weißen Ukrainer:innen häufig nach nur kurzer Zeit umziehen können, verbleiben die Roma weiterhin im Lager. Es ist eine zermürbende Situation.

Gleichzeitig ist die Lage für Roma in den Lagern immer auch mit Angst verbunden. Wie erwähnt, haben sie Angst, dass ihre Kinder krank werden, jedoch sagen manche unserer Klient:innen, dass sie Angst haben, die weißen Ukrainer:innen könnten ihren Kindern etwas antun. Ein weiteres Problem ist, dass Kinder von Jugendämtern in Obhut genommen wurden, ohne dass hierfür ein wirklicher Grund vorgelegen hätte. Die relativ willkürliche Inobhutnahme von Kindern aus Roma-Familien ist ein europaweites Problem, und die Angst, dass man ihnen die Kinder wegnimmt, ist in Roma-Familien weit verbreitet. Gründe sind häufig einseitige Darstellungen durch Personal, ohne dass die Familien angehört wurden. So wurde in Bielefeld ein Säugling in Obhut genommen, weil jemand behauptet hatte, die Mutter wolle das Kind verkaufen, was sich natürlich als falsch herausgestellt hat. Bei solchen Fällen kommen diverse Stereotype gegen Roma zusammen, und es werden Unterstellungen unhinterfragt geglaubt. Traumatisierungen durch diese willkürlichen Trennungen von Müttern und ihren Kindern werden billigend in Kauf genommen.



Die ehrenamtliche Unterstützerin aus Mecklenburg-Vorpommern berichtet von einem Vollfall mit einem Security-Mitarbeiter. Sie wollte nach Absprache mit den Eltern die älteste Tochter (15 Jahre) der Familie im Auto mitnehmen, um gemeinsam für die Familie einzukaufen:

Die Tochter steigt in das Auto. Daraufhin kommt der Security, redet ganz laut als wäre etwas Schlimmes passiert oder ein Verbrechen begangen worden. Er sagt in aggressivem Ton zu dem Mädchen, sie solle aussteigen. Die Eltern und Geschwister kommen und fragen, was los sei. Der Security ist mir ganz nahe gekommen, um zu zeigen, dass er der Stärkere sei und schreit die Familie laut an, droht, die Polizei zu rufen. Seine Drohungen gegen die Familie sind unangebracht, und er hat sowohl die Familie als auch mich wie Verbrecher behandelt. Mein Besuch dort als ehrenamtliche Unterstützerin war beim Landkreis und dem Integrationsbeirat angemeldet.

Kemal Ahmed berichtet von einem Fall, in dem ein von einem sechsjährigen Jungen im Supermarkt mitgenommenes Überraschungsei zu einer völlig überzogenen Reaktion inklusive Kindesentzug und Ingewahrsahmnahme geführt hat:

Da war eine 24-jährige ukrainische Romni mit ihrer zehn Monate alten Tochter und ihrem sechsjährigen Sohn in einem Supermarkt in Stuttgart. Sie hatte nur ganz wenig Geld und hat nur etwas Brot und Joghurt gekauft. Ihr Sohn wollte ein Überraschungsei haben, aber dafür hat ihr Geld nicht gereicht. Sie bemerkte aber nicht, dass er eins genommen hatte und in seiner Hand hielt, als sie durch die Kasse gingen. Der Ladendetektiv hat sie erwischt und sofort die Polizei gerufen, diese hat das Jugendamt gerufen, das dann innerhalb von zehn Minuten mit zwei Personen vor Ort war. Diese haben die Kinder an sich genommen. Die Polizei hat die Mutter über Nacht in eine Zelle gesperrt. Sie durfte in dieser Zeit nicht telefonieren, und man hat ihr keinen Dolmetscher zur Verfügung gestellt.

Als sie am nächsten Tag freigelassen wurde, wusste die Frau nicht, wo ihre Kinder waren. Sie hat daraufhin Kontakt zu uns aufgenommen, und ich habe verschiedene Telefonate geführt, unter anderem mit dem Jugendamt, wo mir eine Mitarbeiterin sagte, die betroffene Frau sei „eine Z.... und kann nicht gut mit ihren Kindern umgehen“. Das hat mich natürlich sehr schockiert. Erst durch unsere Intervention beim Jugendamt und einer Drohung mit rechtlichen Schritten gelang es, herauszufinden, dass die Kinder an eine fremde Familie übergeben worden waren und sie letztendlich zurück zu ihrer Mutter zu bringen.

Ich habe danach die Polizei angeschrieben, um nachzufragen, wie so etwas passieren konnte, also z.B. mit welchem Recht die Frau 24 Stunden inhaftiert wurde. Ich habe aber keine Antwort erhalten. Leider hatte die Frau kein Interesse daran, im Nachhinein noch etwas zu unternehmen oder dagegen vorzugehen. Den Stress wollte sie sich nicht geben.



Als Zumreta eine Roma-Familie in die Hamburger Ausländerbehörde begleitete, um für sie zu übersetzen, befanden sich im Wartebereich viele ukrainische Roma. Die Security hat alle Roma in eine Ecke gesetzt, obwohl es ein großer Raum war. Ein Security drohte, einen kleinen Jungen zu schlagen, er war fünf, sechs Jahre alt.

Ich habe mich mit ihnen unterhalten. Sie warteten schon sechs Stunden da. Sie wollten hier bleiben, hier arbeiten. Manche hatten Verwandte, die schon hier waren. Später haben sie mich angerufen und gesagt, dass sie nach Berlin umverteilt wurden. Aber das wollten sie nicht.

Heißt das, dass ein Teil der Familie in Berlin war und ein Teil in Hamburg?

Ja, das ist öfter vorgekommen. Manche sind von Berlin gekommen, um hier bei ihrer Familien zu sein, aber sie wurden zurück nach Berlin geschickt. Sie waren auch krank und brauchten Ärzte. Sie konnten nicht mehr reisen und wollten nicht weiter umverteilt werden, zum Beispiel in kleine Dörfer.

Wie war es für die ukrainischen Roma in den Hamburger Unterkünften?

Die nennen das Unterkünfte, aber das sind Lager, es sind Zelte und Container. In Unterkünften könnten sie selbst kochen, aber im Lager geht das nicht. Da kriegen die ein paar Scheiben Brot und Würstchen und fertig. Jeden Tag sowas zu essen ist schon krass. Es gibt auch Schwierigkeiten, die Flaschenmilch für die kleinen Kinder zuzubereiten. Die Leute kriegen ja Geld, aber viele wissen nicht, wie sie in die Stadt kommen sollen, um einkaufen zu gehen. Ich bin dann oft einkaufen gegangen und habe die Sachen zum Lager gebracht und verteilt. Am Bahnhof habe ich auch Männer getroffen, die ukrainisches Geld wechseln wollten, um was zu kaufen. Ich habe ihnen gezeigt, wo sie Geld tauschen können, wo sie einkaufen können, wie sie zurück ins Lager kommen. So ist die Situation, sie bekommen keine Hilfe.

Bekommen die Menschen im Lager Beratung oder Hilfe beim Ausfüllen von Formularen?

Schon, aber es reicht nicht. Es ist schwierig für sie, zum Arzt zu kommen und sie wissen nicht, wie sie die Kinder auf die Schule vorbereiten sollen. Die Kinder brauchen einen Ort, an dem sie spielen, malen und sich beschäftigen können. Ihre Eltern sind auch überfordert: der Krieg, die neue Situation hier und dann noch die Kinder. Sie brauchen Unterstützung, auch ärztliche Hilfe. Viele haben psychische Probleme, Traumata. Unterstützung in dem Bereich bekommen sie im Lager nicht.

In diesem Bericht schildern wir viele konkrete Einzelfälle, um die Intensität der Diskriminierung und die Auswirkungen auf die Betroffenen greifbar zu machen. Daraus sollte allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass es nur in bestimmten Einzelfällen Probleme gibt. Kemal Ahmed macht sehr deutlich, dass die von ihm geschilderten Einzelfälle die Regel und nicht die Ausnahme darstellen:

Es passiert ständig, dass Nachfragen bezüglich Roma kommen – beispielsweise von Behörden an Sozialarbeiter:innen – im Sinne von „sind die sauber?“ oder „klauen die?“. Ich habe auch Briefe gesehen von Leuten, die wirklich geschrieben haben, dass sie Wohnungen zur Verfügung stellen, aber nicht für Roma. Da sieht man also die Diskriminierung und Ungleichbehandlung ganz klar. Aber die sieht man nicht nur bei Privatpersonen sondern auch bei den Institutionen, die dann teilweise sagen: „Ich weiß nicht, ob ich dieser Roma-Familie die Wohnung geben soll, weil ich nicht weiß, ob die Wohnung dann morgen noch sauber ist“.

Es gibt ja auch Sozialarbeiter:innen, die erkennen, dass solche Denkweisen nicht in Ordnung sind und sich darüber beschweren. Bei uns und bei anderen Stellen kommen Nachrichten an, die von „großen Problemen mit ukrainischen Roma“ sprechen. Da nervt es mich teilweise schon, die Betreffzeilen solcher Emails zu lesen. Ich muss ganz deutlich sagen: Es geht nicht darum, dass hier und da mal was schief läuft oder dass es einzelne Personen gibt, die nicht korrekt mit den Menschen umgehen. Ich könnte mindestens 50 solche Emails von Behördenmitarbeiter:innen zeigen, aus allen möglichen Orten, mit diskriminierenden Äußerungen. Sie können in eine beliebige Stadt oder Gemeinde gehen und die Roma dort fragen, und sie werden bestätigen, dass die Probleme, die ich hier schildere, die Regel sind und nicht die Ausnahme.



Die langjährige strukturelle und institutionelle Diskriminierung der Roma in der Ukraine hat dazu geführt, dass etwa 20 Prozent der ukrainischen Roma papierlos sind. Diese Diskriminierung setzt sich nun fort. Die Republik Moldau ist bereits vor dem Februar 2022 ein Land gewesen, in das Roma vor dem kriegerischen Konflikt im Osten der Ukraine geflohen sind. Als seit Ende Februar die Massenflucht aus der Ukraine begann, wurde vor allem vom European Roma Rights Centre (ERRC) berichtet, dass undokumentierte Roma aus der Ukraine weitgehend nur über die Grenze zu Moldawien aus der Ukraine gelassen wurden. Das bedeutet, dass die vulnerabelste Gruppe ukrainischer Roma, nämlich diejenigen, die aufgrund langjähriger struktureller Diskriminierung keine Dokumente besitzen, nicht über die EU-Grenzen aus dem Land gelassen werden. Ein Teil dieser Menschen konnte oder sollte weiter nach Rumänien, also in die EU, fliehen, jedoch saßen andere in Moldawien fest und konnten weder weiter noch zurück.

Dennoch schaffen es auch papierlose ukrainische Roma, nach Deutschland zu fliehen. Wenn Roma ohne Pass oder andere Ausweispapiere aus der Ukraine nach Deutschland fliehen, können sie nur schwer belegen, dass sie aus der Ukraine sind und somit eigentlich ein Anrecht hätten, über die Massenzustrom-Richtlinie einen Aufenthalt zu bekommen. Wie wir am Beispiel Schwerin gesehen haben, werden Undokumentierte ins Asylverfahren geschickt. Wir haben bereits in unserer ersten [Stellungnahme mit dem Bundes Roma Verband](#), die wir am 23. März 2022 veröffentlicht und an die Politik geschickt haben, auf dieses Problem hingewiesen und die Politik aufgefordert, diese besonders vulnerable Gruppe gleichberechtigt zu behandeln.

Dieses Problem ist nach wie vor politisch ungeklärt. Wie es für diese Menschen weitergeht, ist völlig unklar. Aus der Erfahrung mit den Roma aus Jugoslawien, vor allem aus dem Kosovo, befürchten wir die Wiederholung dieser Geschichte: langjährige Duldungen und Abschiebungen in die völlige Perspektivlosigkeit.



Politischer Druck entsteht durch die aufgeheizte Stimmung um die Unterbringung der Geflüchteten. Lokale Einwohner:innen protestieren gegen die Unterbringung von Geflüchteten in ihren Orten. Es bleibt nicht nur bei Demonstrationen und verbaler Agitation – es kommt auch zu Angriffen auf Geflüchtete und deren Unterkünfte. So warfen am 26. August 2022 unbekannte Täter:innen Brandsätze auf eine Unterkunft in Leipzig. Das Datum war vermutlich kein Zufall – 30 Jahre zuvor kulminierte die Abwehr gegen Geflüchtete in der letzten Augustwoche im Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Die Hauptangegriffenen waren Vietnames:innen und rumänische Roma. In einem Artikel vom Februar 2023 warnt die Amadeu-Antonio-Stiftung: Die [Pogromstimmung gegen Geflüchtete](#) spitzt sich zu. Sie bezeichnet die aktuelle Lage als „brandgefährlich“. Proteste bleiben entsprechend nicht im Rahmen dessen, was das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gewährt. Es kommt in diesem Zusammenhang regelmäßig zu Straftaten. Ende Januar hat gar ein Mob in Grevesmühlen versucht, eine Kreistagsitzung zu stürmen.

Statt Geflüchtete und ihre Rechte zu schützen, wird den Demonstrierenden – unter denen sich vielfach organisierte Rechtsextreme befinden – Verständnis entgegengebracht. Dieses geht soweit, geplante Unterkünfte für Geflüchtete dann doch nicht zu bauen, wie das etwa in Grevesmühlen geschehen ist. Bereits 1992 war die Reaktion der Politik nicht, die Geflüchteten vor dem Mob zu schützen. Ganz im Gegenteil. Wenige Wochen nach dem Pogrom in Lichtenhagen wurde ein Rücknahmeabkommen mit Rumänien geschlossen, um die geflüchteten Roma leichter abschieben zu können. Im Mai 1993 wurde der sogenannte Asylkompromiss geschlossen, der das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl massiv einschränkte.

Mit der Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten steigt auch der Druck auf die Geflüchteten, die bereits seit langem in Deutschland leben oder sich in langjähriger Dauerflucht und -migration befinden. Wir erleben einen medialen und politischen Diskurs, der darauf hinausläuft, dass für die ukrainischen Geflüchteten Platz geschaffen werden müsse. Das bedeutet, Geflüchtete, die bereits länger hier sind, sollen zur Ausreise gedrängt oder abgeschoben werden. Wie bereits im Zusammenhang mit dem Krieg in Syrien vor acht Jahren, erleben wir auch jetzt die Wiederkehr des Immergleichen. Für die „echten“ Geflüchteten sollen die „unechten“, also vermeintliche „Wirtschaftsflüchtlinge“, weichen.

So wie im Zusammenhang mit dem Krieg in Syrien die so genannten Westbalkanländer als „Sichere Herkunftsstaaten“ erklärt worden sind, sollen nun auch Moldawien und einige weitere Länder als sicher erklärt werden. Dass damit keineswegs real „Platz“ für „echte“ Geflüchtete geschaffen wird, zeigen die Zahlen: Im Jahr 2022 ist mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. Jedoch gab es lediglich 5218 Asylanträge von moldawischen Staatsangehörigen. Es handelt sich also um eine relativ unbedeutende Zahl an Personen, die auch jetzt schon kaum Chancen hat, Asyl zu bekommen. Das Vorhaben, [Moldau als „Sicheren Herkunftsstaat“](#) zu deklarieren, ist lediglich Symbolpolitik, die auf dem Rücken von Roma ausgetragen wird. Für die Roma aus Moldawien wird die Stigmatisierung und Schlechterstellung, die mit der Einstufung einhergehen, jedoch reale Konsequenzen haben, wie wir sie aus der Erfahrung nach der Einstufung der „Westbalkanländer“ als „Sichere Herkunftsstaaten“ kennen.

In den Jahren 2014 und 2015 sind die postjugoslawischen Staaten und Albanien zu sogenannten sicheren Herkunftsländern erklärt worden. Das war eine politische Entscheidung, die gegen die Empfehlungen der großen und kleinen Menschenrechts-Organisationen wie Amnesty International, Pro Asyl oder der Wohlfahrtsverbände getroffen worden ist.

Mit dieser Einstufung wurde es für Roma aus diesen Ländern quasi unmöglich, in Deutschland Asyl zu erhalten. Die Anerkennungsquoten dümpeln seither bei ein bis zwei Prozent herum. Das heißt, fast sämtliche Asylanträge werden abgelehnt, ohne dass die tatsächliche Situation von Roma in diesen Ländern oder die individuellen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen der von dort flüchtenden Roma beachtet würden.

Bei uns melden sich regelmäßig Roma aus diesen Ländern, die gravierende Gewalt erlebt und keinerlei staatlichen Schutz erhalten haben. Ihre Asylanträge werden abgelehnt, da die deutschen Behörden davon ausgehen, dass es in diesen Ländern keine Verfolgung, aber dafür staatlichen Schutz gäbe. Unsere Klient:innen, die Roma, mit denen wir Kontakt haben, erleben jedoch vielfach systematische – insbesondere gravierende Formen struktureller und institutioneller – Diskriminierung und keinerlei Schutz, wenn sie durch rechtsextreme oder andere gewalttätige Gruppierungen verfolgt werden. In allen Fällen erhielten die Menschen keinen Schutz von der Polizei (diese nimmt nicht einmal die Anzeigen auf), in einigen Fällen sind Angehörige von Polizist:innen in die Gewalt gegen Roma involviert.



Viele Roma, die seit der Deklaration der „sicheren Herkunftsländer“ Asyl in Deutschland beantragen, sind Menschen, die bereits zuvor ein- oder mehrmals in Deutschland gelebt haben oder gar hier geboren sind. Manche jungen Menschen, die jetzt Asyl beantragen, sprechen Deutsch auf muttersprachlichem Niveau. Die Asylanträge werden abgelehnt, sie werden geduldet und abgeschoben. Nach der Wiedereinreisesperre kommen die Menschen wieder nach Deutschland, und der Teufelskreis dreht sich weiter.

Der alltägliche Abschiebewahnsinn in Niedersachsen: 20-jähriger gebürtiger Göttinger nach Serbien abgeschoben

By RAN in Artikel on December 11, 2020.

Gemeinsame Presseinformation von Flüchtlingsrat Niedersachsen, Roma-Center e.V., und AK Asyl Göttingen



Die Bundesregierung hat 2022 begonnen, das Aufenthaltsrecht zu überarbeiten. Hier ist besonders das sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht zu nennen, das zum 1. Januar 2023 mit dem §104c Aufenthaltsgesetz in Kraft getreten ist. Durch diesen temporären Paragraphen sollen langjährig in Deutschland lebende Geduldete in Aufenthalt kommen. Während diese Absicht generell zu begrüßen ist, sehen wir der Umsetzung jedoch mit Skepsis entgegen. Nach 18 Monaten werden viele zurück in die Duldung fallen, da sie die Anforderungen für den Aufenthalt nach §25 a oder b nicht erfüllen können. Diese basieren vor allem auf „Integration“, das heißt für junge Menschen auf einer erfolgreichen Schulkarriere und für Erwachsene auf der (überwiegenden) „Sicherung des Lebensunterhalts“.

Wer die Situation langjährig Geduldeter sowie die Folgen struktureller und institutioneller Diskriminierung kennt, wird hier bereits skeptisch ob der Umsetzung werden. Hinzu kommen die Folgen einer Desintegrationspolitik wie sie für die Roma, die vor den Balkankriegen geflohen sind, bis vor etwa 15 Jahren in Deutschland bestand: Sie durften über viele Jahre nicht arbeiten und sie konnten kaum bis keine Integrations- und Sprachkurse besuchen, da diese kostenpflichtig waren und ihnen schlichtweg dafür das Geld fehlte (Stichworte: Arbeitsverbot und Gutscheine statt Geld).

Als die Arbeitsverbote wegfielen, konnten diese Menschen weitgehend nur prekärer Arbeit nachgehen und mussten bzw. müssen mehrere Jobs machen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Menschen, die vor Krieg fliehen oder vertrieben werden, sind häufig traumatisiert. Viele haben Kriegsverbrechen und andere Menschenrechtsverletzungen erlebt, die ihnen vielfach nicht geglaubt wurden. Die Folge der Kriegserlebnisse und der Diskriminierung ist, dass viele Roma psychisch und körperlich viel zu krank (und/ oder mittlerweile auch einfach zu alt) sind, um zu arbeiten. Für Frauen kommt hinzu, dass sie in der Regel die Care-Arbeit übernommen haben bzw. übernehmen – für ihre Kinder und die kranken und pflegebedürftigen Angehörigen – und daher noch prekärer sind. Zwar gibt es im Aufenthaltsgesetz die Möglichkeit, aufgrund von Krankheit einen Aufenthalt zu bekommen, jedoch sind die Hürden dafür extrem hoch. Schwerkranke, Schwerbehinderte und Pflegefälle werden nicht selten abgeschoben. In Aufenthalt werden voraussichtlich nur diejenigen kommen, die einigermaßen jung und gesund sind. Alle anderen – die Alten, Kranken, Pflegebedürftigen, mehrheitlich Frauen – dürften in die Duldung zurückfallen.

In medialen und politischen Diskursen ist häufig die Rede davon, dass nur „Straftäter“ abgeschoben würden. Bei Abschiebungen in die Balkanländer ist das jedoch mehrheitlich nicht der Fall. Bei einem großen Teil der Abgeschobenen handelt es sich um Familien. Wenn wir uns die Zahlen für 2022 ansehen, so stellen wir fest, dass z.B. 810 Personen mit nordmazedonischer Staatsangehörigkeit abgeschoben wurden, darunter 346 Minderjährige. 795 Personen mit serbischer Staatsangehörigkeit wurden abgeschoben, darunter 277 Minderjährige. Hier sind die sogenannten „freiwilligen“ Ausreisen, über die es noch keine abschließenden Zahlen für 2022 gibt, noch nicht eingerechnet. Meistens erfolgt eine „freiwillige Ausreise“, um der Abschiebung zuvorzukommen, denn damit sind ein längeres Wiedereinreiseverbot und die Übernahme der Abschiebekosten bei Wiedereinreise verbunden.

Sowohl das Roma Center als auch andere haupt- wie ehrenamtliche Unterstützer:innen nehmen wieder einen zunehmenden Druck auf geflüchtete Roma, die nicht aus der Ukraine stammen, wahr. Die personelle Überforderung von Ausländerbehörden und Jobcenter führte bereits seit der Ankunft der Geflüchteten aus der Ukraine dazu, dass primär deren Anträge bearbeitet werden, während die anderen Geflüchteten dann das Nachsehen haben, ewig auf Termine und auf die Verlängerung der Duldungen und Aufenthaltstitel warten müssen. Duldungen werden für unterschiedliche Zeiträume ausgestellt, meist für drei Monate, dann müssen sie verlängert werden (falls sie denn verlängert werden). Sie sind zum Teil seit vielen Monaten abgelaufen, und die Klient:innen haben Angst, ohne gültige Papiere von der Polizei aufgegriffen zu werden. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich, da nun auch noch unter den Geflüchteten ein Konkurrenzdruck entsteht.

Madeleine Does, Sozialarbeiterin in der Poliklinik Veddel in Hamburg, berichtet, dass die Situation ähnlich sei wie 2015:

Die Menschen vom Balkan werden abgeschoben, um Platz zu schaffen. Die Kommunikation mit den Ausländerbehörden läuft nur noch per Mail und dies auch eher schleppend. Die Leute bekommen die Antwort: ‚Aufgrund des Ukrainekrieges können wir Ihren Antrag nicht bearbeiten.‘ Durch die zunehmende Digitalisierung der Behörden seit Corona, werden Zugänge für Geflüchtete erschwert. Die wenigsten haben die Ressourcen, Anträge per E-Mail zu versenden und sind somit auf selbstorganisierte Strukturen oder Sozialarbeit angewiesen. Sie müssen monatelang auf die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels oder ihrer Duldung warten. Es droht der Jobverlust, da die Arbeitgeber:innen nicht sicher sein können, dass ihr:e Mitarbeiter:in nicht abgeschoben wird.

Berliner Unterstützer:innen berichten von der verstärkten Abschiebung von Roma aus Moldau in 2022. Über die aktuelle Situation in Hamburg für Roma aus den Balkanländern sagt Zumreta vom Romani Kafava:

Die Wohnsituation hat sich verschlechtert, und es gibt mehr Abschiebungen und Familientrennungen bei Abschiebungen. Das heißt, eine Person oder ein Teil der Familie wird abgeschoben. Im Moment ist es schlimm, wie gerade die jungen Leute von ihrer Familie getrennt und abgeschoben werden. Sie brauchen genauso unsere Hilfe. Es ist schwierig. Wir können es ja nicht so machen, dass wir die einen beraten und die anderen nicht, nur weil kein Krieg mehr auf dem Balkan ist. Für Roma ist immer Krieg.



Impressum

Roma Center e.V.
Roma Antidiscrimination Network
Am Leinekanal 4
37073 Göttingen
T: 0551-388 7633
www.ran.eu.com
www.roma-center.de

Redaktion: Kenan Emini, Sandra Goerend, Seán McGinley
Layout & Fotos: Kenan Emini

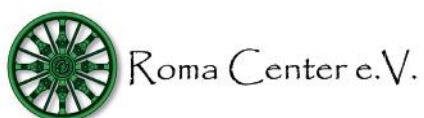
Wir bedanken uns bei den Menschen, die uns Informationen gegeben haben, die wir interviewen durften und die uns ihre Geschichten erzählt haben.

Dieser Bericht ist über den Verlauf mehrerer Monate 2022/23 entstanden.

Spenden

Roma Center e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE60260500010000170399
BIC: NOLADE21GOE

Das Roma Center ist unter der Vereinsnummer VR 2881 im Vereinsregister des Amtsgerichtes Göttingen eingetragen und vom Finanzamt Göttingen als gemeinnützig anerkannt. Auf Anfrage senden wir Ihnen gerne eine Spendenquittung zu.



ROMA RAN **ANTIDISCRIMINATION
NETWORK**

